

Friedrich Wilhelm Raiffeisen

# Leben in einer bewegten Zeit

Josef Zolk

Königswinterer *Notizen*

---



Friedrich Wilhelm Raiffeisen

# **Leben in einer bewegten Zeit**

Josef Zolk

Königswinterer *Notizen*

---

## Impressum

**Königswinterer Notizen, Nr. 22, September 2017**

**Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)**

**Werner Schreiber, Vorsitzender**

**Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter**

**Redaktion:** Karsten Matthis, Josef Zolk

Tel. 02223-73119; E-Mail [info@azk.de](mailto:info@azk.de)

Internet: [www.azk.de](http://www.azk.de)

**Produktion:** TiPP 4, Rheinbach

Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen  
in unregelmäßigen Abständen.

## Vorwort

„Einer für alle – alle für einen“

Das war eine der Maximen von Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Die daraus resultierenden Prinzipien „Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung“ sind noch heute die Grundlagen allen genossenschaftlichen Wirkens.

Der berühmte Sohn des Westerwaldes ist einer der Pioniere des modernen Genossenschaftswesens.

Er wurde am 30. März 1818 in Hamm an der Sieg geboren.

Großen Einfluss auf seine Erziehung hatte sein Patenonkel, der örtliche Pfarrer Georg Wilhelm Seippel, der sein christliches Menschenbild entscheidend geprägt hat. Als 17jähriger ging Raiffeisen als Freiwilliger zur preußischen Armee, wo er zum „Feuerwerker“ ausgebildet wurde. 1843 trat zum ersten Mal ein Augenleiden bei ihm auf, das schließlich zu seiner Dienstunfähigkeit und der Entlassung aus dem Militärdienst führte.

Gerade 25 Jahre alt, stand er vor der Aufgabe, sich beruflich neu zu orientieren. Er entschied sich für eine Laufbahn in der zivilen Verwaltung. Nach einer entsprechenden Ausbildung übernahm er 1845 die Aufgabe des Bürgermeisters im Amtsbezirk Weyerbusch. Kaum im Amt, wurde er nach einer Missernte im Winter 1846-1847 mit einer katastrophalen Hungersnot konfrontiert. Die Menschen litten entsetzlich, man ernährte sich von dem Saatgut für die nächste Aussaat. Raiffeisen ließ Brotgetreide zu Brot backen, das er an die Bedürftigen im Ort zu besonders günstigen Bedingungen abgab. So entstand der „Weyerbuscher Brodverein“, sein erstes soziales Projekt.

Im Jahre 1848 wurde er als Bürgermeister nach Flammersfeld versetzt, wo er den „Flammersfelder Hülfsverein“ gründete. Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, kleinen Bauern, die oftmals durch wucherische Geldverleiher in Existenznot gerieten, vor dem endgültigen Ruin zu bewahren.

1852 erfolgte eine weitere Versetzung nach Heddesdorf, heute ein Stadtteil von Neuwied. Hier traf er neben der schon vertrauten ländlichen Bevölkerung auch auf Industriearbeiter und deren soziale Probleme. Hier gründete er u. a. 1854 den „Wohlthätigkeitsverein“, der nach einer Neuorganisation 1864 als „Heddesdorfer Darlehnskassen-Verein“ neu erstand.

In dieser Zeit hatte sich allerdings auch sein altes Augenleiden so stark verschlechtert, dass er aus seinem Amt als Bürgermeister entlassen wurde. Seine älteste Tochter Amalie wurde nun für ihn zu der entscheidenden Stüt-

ze, mit deren tatkräftiger Hilfe es ihm gelang, in den folgenden Jahren bis zu seinem Tod 1888 seine Genossenschaften in ganz Deutschland zu verbreiten und populär zu machen.

Heute entdecken in Deutschland und weltweit immer mehr Menschen die Genossenschaftsidee für sich. In Deutschland sind über 22,4 Millionen Menschen in Genossenschaften. Über 1.000 Kreditgenossenschaften gibt es in Deutschland, fast 2.000 Wohnungsgenossenschaften mit fast 6 Millionen Wohnungen, für viele Landwirte und Handwerker ist es selbstverständlich, Genossenschaftsmitglied zu sein.

Am 30. November 2016 wurde durch die UNESCO die Genossenschaftsidee als erster deutscher Vorschlag in die repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufgenommen. Die Weltkulturorganisation unterstrich damit die Bedeutung der Genossenschaften für das Zusammenleben der Menschen. Über 1 Milliarde Menschen sind weltweit in Genossenschaften Mitglied, Genossenschaftsgründungen gaben und geben Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Sie leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beispielsweise durch Armutsreduzierung über lokale Beschäftigung und soziale Integration; in den Genossenschaften begegnen sich die Menschen als Miteigentümer am gemeinsamen Projekt auf Augenhöhe. Die Genossenschaftsfamilie verstand sich von jeher als eine an sozialen Werten orientierte Bewegung, die auf den ideellen Grundsätzen wie Solidarität, Ehrlichkeit, Verantwortung und Demokratie aufbaut. Das hat eine enorme kulturelle Bedeutung, die nun auch auf internationaler Ebene anerkannt wurde.

Die UNESCO-Entscheidung unterstreicht ausdrücklich die soziale, ökonomische, partizipatorische und demokratische Rolle der Genossenschaften.

Wichtig ist es, die genossenschaftliche Idee zu erhalten und zeitgemäß weiterzuentwickeln. Ganz im Sinne des großen deutschen Dichters Wolfgang von Goethe: "Was Du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen".

## Leben in einer bewegten Zeit

Im 19. Jahrhundert führten Bauernbefreiung, Industrialisierung und zunehmende Land-Stadt-Migration zu einer Verschärfung des Existenzkampfes auf dem Land und zu einem Niedergang traditioneller Strukturen im Handwerk. Um den sozialen Missständen in der Stadt und auf dem Land zu begegnen, schlossen sich Arbeiter und Landwirte unter anderem zu verschiedenen Genossenschaften zusammen.

Im Widerstreit zwischen beharrenden Kräften und Reformern haben die deutschen Territorialstaaten bereits zu Beginn des Jahrhunderts die Zünfte aufgelöst, die Gewerbefreiheit und die Bauernbefreiung eingeleitet. Handwerker und Bauern waren den Bedingungen des Wettbewerbs und der modernen Massenproduktion größtenteils nicht gewachsen und oft gezwungen, ihre Selbstständigkeit zugunsten einer lohnabhängigen Fabrikarbeit aufzugeben. Es fehlten Kapital sowie technisches und kaufmännisches Know-how, um in einer zunehmend liberalisierten Wirtschaft zu überleben. Gerade die Bauern konnten sich kaum ihrer auf Freiherr vom Stein und Hardenberg zurückgehenden neu gewonnenen Freiheitsrechte erfreuen. Stattdessen gerieten sie in finanzielle Bedrängnis, wobei sie – anstatt von ihren früheren Grundherren, die immerhin gewisse Schutzpflichten gegenüber den Untertanen hatten – nun häufig von skrupellosen Geldverleihern abhängig wurden. Zusätzlich verschärft wurde ihre Situation oftmals durch den Verlust von Vieh sowie durch Missernten infolge schlechter Witterungsbedingungen oder Schädlingsbefall. Ausländische Billigexporte trugen außerdem zu den schlechten Voraussetzungen der Handwerker und Bauern bei. An vielen Orten entstanden Vereine und Gruppen, in denen sich die Bauern oder Handwerker zusammenschlossen, um der Not abzuhelpfen und um sich gegenseitig zu stützen. In Württemberg entstand z. B. die erste Kreditgenossenschaft. Am 11. August 1843 gründeten 50 Mitglieder die Öhringer Privatspar- und Leihkasse. Der Verein sollte „einerseits ihren Mitgliedern Veranlassung und sichere Gelegenheit zu nutzbringender Anlegung von Ersparnissen geben, andererseits aber durch Anleihen gegen Bürgerschaft oder auf Faustpfand den Personalkredit heben.“

Wenige Jahre später erlebte Friedrich Wilhelm Raiffeisen im Westertal die Not der Bevölkerung. Nach einer Missernte im Winter 1846/47 gründete er – um die Bewohner gegen die Hungersnot zu unterstützen – den Weyerbuscher Brodverein, der vor allem auf Wohltätigkeit beruhte. Das

Land Preußen und wohlhabende Bürger stellten Geld für den Kauf von Mehl zur Verfügung, die Armen erhielten Brot gegen Schuldscheine – dies gegen den erklärten Willen des Landrats. 1849 gründete Raiffeisen den Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirthe, die Keimzelle seiner genossenschaftlichen Überlegungen, wie er später in einem Brief an den Fürsten zu Wied schrieb. 1862 folgten die ersten auf wirtschaftlichen Prinzipien beruhenden Kreditgenossenschaften, so der Darlehnskassenverein Anhausen und Vereine z. B. in Heddesdorf, Engers und Feldkirchen.

Raiffeisens Ideen und sein Handeln wurzelten tief in seinem christlich geprägten Lebensverständnis, das keinen Raum ließ für rein liberalistische oder sozialistische Vorstellungen, zumal wenn sie atheistische Linien aufwiesen. Dagegen gebrauchte er immer wieder selbst für die Bezeichnung seines Wirkens die Formulierung „christlich-sozialistisch“, um darauf hinzuweisen, dass die Idee seiner Darlehnsvereine bzw. seiner Genossenschaften eine christlich-ethische Grundlage habe, sein Leben und Wirken ist ohne die christliche Verwurzelung nicht verstehbar. „Würden überall solche Vereine gegründet, fände dabei eine allseitige Beteiligung statt und würden dieselben im rechten Geiste geleitet, so dass sie die Pflanzstätten echt christlichen Gemeinsinnes, echt christlichen gemeinnützigen Zusammenwirkens würden, so könnte man der Zukunft ruhiger entgegensehen“, so Raiffeisen selbst. Oder anders formuliert: Raiffeisen wendet sich gegen eine Gesellschaft, die sich der sittlichen und religiösen Dimension versagt und sich allein dem wirtschaftlichen Mechanismus verschreibt, denn dadurch verliert der Mensch den Sinn seines Lebens aus den Augen und verspielt seine sozialen Beziehungen und das Bewusstsein seiner übernatürlichen Würde.

Zur Zeit Raiffeisens und gerade in seinem Wirkungsfeld stand die fundamentale Bedeutung der Landwirtschaft außer Frage, er selbst sah im guten Bestehen der ländlichen und hauptsächlich landwirtschaftlichen Bevölkerung den Garanten für das gute Bestehen der ganzen Gesellschaft und des Staates.

Zur gleichen Zeit organisierte Hermann Schulze-Delitzsch in seiner Heimatstadt die Schuhmacher-Assoziation, um die Situation des Handwerks zu verbessern. Sie schlossen sich mit dem Ziel zusammen, durch gemeinsamen Einkauf wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, ohne dabei ihre Selbstständigkeit aufzugeben. 1850 nahm der Delitzscher Vorschussverein seine Tätigkeit auf. Die Mitglieder und damit die Eigentümer stellten Geld

zur Verfügung, bildeten so die Grundlage der Genossenschaft und bestimmten ihre Unternehmenspolitik.

Schulze-Delitzsch schaffte auch die Grundlage für die entscheidende Phase der modernen Genossenschaften. Der engagierte liberale Politiker und pragmatische Jurist erkannte, dass die Genossenschaftsidee einer gesetzlichen Grundlage bedarf. 1861 zog er in das neu konstituierte Preußische Abgeordnetenhaus ein. Als Erster legte er einen Gesetzentwurf vor, der die Prinzipien einer genossenschaftlichen Organisation enthielt und die Unsicherheit in der Frage der Rechtsform beenden sollte. Eine Genossenschaft sollte Personen vereinigen, die ein Bedürfnis nach ähnlichen Leistungen haben und schon vorher eine soziale Gruppe von Gleichen darstellen. Schulze-Delitzsch plädierte für gleiche Rechte und Pflichten der Mitglieder und für das Prinzip „Ein Mann – Eine Stimme“. Am 27. März 1867 wurde das erste preußische Gesetz betreffend die privat-rechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften erlassen. Es entsprach in allen wesentlichen Punkten dem Entwurf Schulze-Delitzschs. Das Gesetz beruhte auf den Grundlagen, die im Grundsatz bis heute das deutsche Genossenschaftsgesetz prägen:

- ▶ Selbsthilfe
- ▶ Selbstverwaltung
- ▶ Selbstverantwortung
- ▶ Gleichberechtigung des Einzelnen in der kooperativen Gruppe
- ▶ Solidarische Haftung der Gruppe
- ▶ Ablehnung staatlicher Fremdhilfe

Wesentlich für die andauernde Durchsetzung der modernen Genossenschaften waren der von Schulze-Delitzsch auf den Weg gebrachte gesetzliche Rahmen, der die zentralen Rechtsgrundlagen schaffte, sowie die realen sozialen und wirtschaftlichen Umstände, die von den Zeitgenossen als menschenunwürdig und abhilfebedürftig empfunden wurden. Die ökonomische Situation, die neuen rechtlichen Grundlagen, die persönliche Betroffenheit der Menschen mit gleichen Interessen bzw. Notlagen schufen die Voraussetzungen zu einer Kooperation, in der sich der Mensch nicht als verllorener Einzelner, sondern als Glied einer größeren Gemeinschaft fühlen konnte. Die durch die rechtliche Basis ermöglichte und gesicherte Ordnung von unten stabilisierte die punktuell vorhandenen Ideen und bereitete den Boden für langfristige Kooperationen. So war eine Konstellation zur Entwicklung von politischen und sozialen Strukturen geschaffen, die offen für pro-

grammatische Neuerungen war. Die modernen Genossenschaften setzten Analyse und Protest in menschenwürdigere Strukturen um, ohne an den Grundfesten der staatlichen Ordnung zu rütteln. Die Geschichte der Genossenschaften zeigt einen kurvigen, aber erfolgreichen Weg, weil das Soziale eine große Integrationskraft entwickelt hat. Victor Aimé Huber stellte es als eine Vereinigung kleiner Kräfte dar, die eine große Kraft entwickeln.

Bei Raiffeisen verhalfen zwei außerordentlich wichtige Umstände seinen Vorstellungen zum endgültigen Durchbruch. Einmal der Fürst zu Wied, der in der Tradition seines Hauses für soziale Fragen aufgeschlossen war und der den Heddesdorfer Bürgermeister Raiffeisen nicht nur kennen, sondern gerade auch dessen Überlegungen zur sozialen Entwicklung und seine Gradlinigkeit schätzen lernte. Über 60 Briefe von Raiffeisen an Fürst Wilhelm zu Wied geben beredtes Zeugnis über den Gedankenaustausch. Und was Hermann Schulze-Delitzsch durch seine herausragenden politischen Ämter und Verbindungen nutzte, unterstützte Wilhelm zu Wied für Raiffeisen gegenüber der preußischen Regierung.

## Raiffeisen als Genossenschaftsgründer

Die Lebensbedingungen der Menschen waren im Amt Heddesdorf etwas besser als in Flammersfeld, doch mangelte es auch hier der ärmeren Bevölkerung an Bargeld. In Rechnungsdingen ungebildet, fielen auch hier die Bauern Wucherern in die Hände. Größere Teile der Bevölkerung konnten durch die Loslösung von grundherrlichen Bedingungen und Zunftverfassungen kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten und waren auf Wohltätigkeit angewiesen. Die Kriminalität stieg und Kinder verwahrlosten. Da die überkommenen Einrichtungen der meist kirchlichen „Sozialfürsorge“ mit diesen Problemen überfordert waren, gründete Raiffeisen 1854 den „Heddesdorfer Wohltätigkeitsverein“.

Ziel des Vereines waren:

- ▶ Fürsorge und Erziehung für verwahrloste Kinder
- ▶ Beschäftigung arbeitsscheuer Personen und Strafgefangener
- ▶ Beschaffung von Vieh
- ▶ Einrichtung einer Kreditkasse für die unteren Klassen.

Gewinne des Vereins, falls die denn erwirtschaftet wurden, sollten nicht an die Mitglieder ausgeschüttet, sondern zu wohltätigen Zwecken verwen-

det werden. Gegenüber den beiden Vorläufervereinen erweiterte der Heddesdorfer Verein seine Aufgaben um den Bereich der sozialen Fürsorge. Zunächst rekrutierten sich die Mitglieder dieses Vereins wie zuvor aus der „begüterten Klasse“, die durch Bereitstellung von privatem Kapital, Spenden und Beiträgen sowie gemeinsame Haftung für Anleihen die Finanzierung der o. a. Aufgaben ermöglichten. Raiffeisen begründet diese Art der Vereinsgestaltung mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe. Von diesen Vereinen wurden aber im Gegensatz zu den überkommenen „milden Stiftungen“ keine Almosen verteilt. Die Kredite zur Anschaffung von Vieh, Saatgut oder Maschinen mussten mit Zinsen zurückgezahlt werden. Strenge Tilgungspläne wurden aufgestellt und deren Einhaltung penibel überwacht. Hier wurde Hilfe zur Selbsthilfe gegeben.

Vermutlich zum Leidwesen Raiffeisens liegt bald der Schwerpunkt der Vereinsarbeit in der Vergabe von Krediten. Ca. 1.500 Darlehen mit einer Gesamtsumme von 54.000 Thalern gewährte der Verein in der Zeit des Bestehens. Die Umsetzung sozialer Aufgaben blieb aus Geldmangel und wegen mangelnden Engagements der Vereinsmitglieder für soziale Ziele in den Anfängen stecken. Schließlich scheiterte der Wohltätigkeitsverein an der mangelnden Bereitschaft vieler Mitglieder, den Kapitalbedarf zu erhöhen. Sie fürchteten Verluste, die sie nach der Solidarhaftung aus dem eigenen Vermögen hätten tragen müsse.

Weitere Initiativen Raiffeisens scheiterten bereits an der Ablehnung seiner höheren Vorgesetzten, z. B. die Einführung einer Spar- und Kreditkasse für den Kreis Neuwied, die Gründung einer Armen- und Krankenkasse oder des „Lehrerbesoldungsfonds“.

Inzwischen hatten sich Raiffeisens Ideen über seinen eigenen Amtsbereich ausgedehnt. In Anhausen und Engers wurden schon 1862 Darlehnskassen-Vereine gegründet. Besonders die Statuten des Anhausener Vereins schlug Raiffeisen später als „Mustersatzungen“ für die Vereine in ländlichen Gebieten vor. Nach den Erfahrungen mit dem Heddesdorfer Wohltätigkeitsverein propagierte diese Satzung die Mitgliedschaft der Darlehensnehmer im Verein.

War der Wirkungskreis früherer Vereine noch die ganze Bürgermeisterei gewesen, bezog sich die Zuständigkeit der Darlehnskassen-Vereine nun auf das kleinere Kirchspiel. Die räumliche Nähe von Kasse und Kreditnehmer stärkte das gegenseitige Vertrauen und erleichterte die Kontrolle.

Nach diesem Vorbild bildeten sich zwischen 1862 und 1868 weitere Vereine in der Umgebung von Neuwied. Gegen Ende der 60-er Jahre des 19. Jahrhunderts kam es auch zur Gründung von Warenbezuggenossenschaften, die je nach den örtlichen Gegebenheiten zusammen mit den Darlehnskassen-Vereinen oder getrennt von ihnen operierten. Mitverantwortlich für die schnelle und weite Verbreitung der Raiffeisen'schen Ideen waren besonders die Ortspfarrer. Einige Jugend- und Altersfreunde Raiffeisens gehörten dem geistlichen Stand an, einige der in der „Inneren Mission“ in der evangelischen Kirche tätigen Pfarrer gehörten zu seinen Briefpartnern. Sein Schwager Renckhoff war Pfarrer in Anhausen. Fast überall gehörten die Geistlichen dem Vorstand der örtlichen Vereine an. Bei Raiffeisen spielten konfessionelle Unterschiede keine Rolle.

Seine Haupttätigkeit widmete er nach seiner Bürgermeisterzeit der Förderung „seiner“ Genossenschaften. Im März 1866 veröffentlichte er sein Buch über die Darlehnskassen-Vereine: „Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter“. Raiffeisens Ziel war es, der „Entsittlichung“ der verarmten Bevölkerungsschichten durch Verbesserung ihrer ökonomischen Situation entgegen zu wirken. Dieser ethisch-religiöse Ansatz ist in allen Schriften Raiffeisens erkennbar.

1870 bestanden in der ehemaligen Rheinprovinz bereits 75 Darlehnskassen-Vereine (DKV). Als Geldausgleichsbank für die DKVe wurde 1874 die „Rheinische Landwirtschaftliche Genossenschaftsbank“ gegründet, ähnliche Institute (Zentralbanken) in Hessen und Westfalen. Als übergeordnete Institution wurde 1874 die „Deutsche Landwirtschaftliche Generalbank“ geschaffen. Revision und Betreuung der Genossenschaften übernahm der neugegründete „Anwaltsverband ländlicher Genossenschaften“.

In den 70-er Jahren des 19. Jahrhunderts kam es zum sogenannten „Systemstreit“ zwischen den Genossenschaftsgründern Raiffeisen und Schulze-Delitzsch, der sich hauptsächlich auf unterschiedliche Auffassungen zur Bewertung von Geschäftsanteilen gründete. Auf dem Höhepunkt des Streits setzte sich Schulze-Delitzsch durch, worauf die Raiffeisen'schen Zentralbanken und die Generalbank aufgelöst werden mussten. An deren Stelle trat später die als Aktiengesellschaft konzipierte Landwirtschaftliche Zentral-Darlehenskasse für Deutschland.

Auch an inneren Widerständen fehlte es nicht. Raiffeisens Beharren auf der Solidarhaftung und sein Festhalten daran, dass Gewinne nicht ausge-

schüttet, sondern zu „wohlthätigen Zwecken“ genutzt werden mussten, führten zu Zerwürfnissen mit engen Mitarbeitern.

Nach Konsolidierung der Genossenschaften gründete Raiffeisen zusammen mit seiner Tochter Amalie und seinem Mitarbeiter Faßbender eine Handelsgesellschaft. Raiffeisen stiftete dazu Gewinne aus seiner Weinhandlung, eine Versicherungsagentur und 13.000 Mark aus seinem Privatvermögen. Die Gesellschaft gründete bald die Genossenschaftsdruckerei. Hauptaufgabe wurde der gemeinsame Warenbezug für die Konsumabteilungen der einzelnen Genossenschaften. Auch bei dieser Gründung legte er fest, dass mit erwirtschafteten Gewinnen die Gründung von Genossenschaften oder karitativen Institutionen unterstützt werden sollten.

Weitere religiös geprägte Pläne Raiffeisens, zum Beispiel eine Handelsgesellschaft nach dem Muster der „Herrenhuter Betriebe“ in Neuwied, oder eine „Gesellschaft Caritas“ nach dem Vorbild der Waldbreitbacher Krankenpflegeorden, wurden nicht realisiert. Bei Raiffeisens Tod bestanden ca. 423 ländliche Genossenschaften, denen er mit örtlichen Kredit- und Warenbezugs- bzw. Absatzgenossenschaften, den Zentralkassen und dem Anwaltschaftsverband ein Organisationsschema gegeben hatte. Das sich daraus entwickelte Genossenschaftswesen besteht in vielen Ländern bis heute. Bezeichnend für Genossenschaften im Sinne Raiffeisens ist immer auch der soziale Aspekt, nicht die von Schulze-Delitzsch favorisierte, rein wirtschaftliche Ausrichtung. Davon zeugt, dass zu Raiffeisens Lebzeiten in den Vereinen die Solidarhaftung bestehen blieb und immer auch ein „unteilbares Vereinsvermögen“ erhalten bleiben sollte, aus dem karitative Leistungen erbracht werden sollten. Durch Besserung der wirtschaftlichen Lage der Menschen glaubte er auch eine geistige und sittliche Besserung erzielen zu können.

Ein wesentlicher Katalysator für die sich schnell verbreitenden Ideen Raiffeisens waren die in seinem Heddesdorfer Amtsbezirk und im Umfeld existierenden Landwirtschaftlichen Vereine, die dem Dachverband des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen angegliedert waren. Dieser Dachverband war bereits im Jahre 1840 gegründet worden. Schon früh zeigten die Bauernvereine die ökonomischen Vorteile sowie die ideelle Bedeutung der Genossenschaften auf und stellten Selbsthilfe und Selbstverantwortung gegen untätige Schicksalsergebenheit. Raiffeisen wurde durch diese Vereine ein Forum zur Verbreitung seiner Ideen zur Verfügung gestellt. Wesentlichen Anteil daran hatte Johann Nikolaus Thilmany, Generalsekretär des Dachverbandes von Rheinpreußen, der bereits 1872 Ehrenbürger seiner Heimatgemeinde

Bitburg/Eifel wurde. Er warb sehr intensiv für die Verbreitung der Darlehnskassen-Vereine. 1867 beschloss der Dachverband: „Die Gründung und Pflege der Darlehnskassen-Vereine nach dem Systeme des Bürgermeisters a. D. F. W. Raiffeisen zu Heddesdorf ist als eine Vereinsangelegenheit zu betrachten, solche Vereine sind über den ganzen Vereinsbezirk zu organisieren und demzufolge ist der Vorstand des Vereins und die Direktion der Lokalabteilungen aufzufordern, diese Organisation auf alle Weise zu fördern und sich zur besonderen Aufgabe ihrer künftigen Tätigkeit zu machen.“

Im Jahr 1868 errichtete der Landwirtschaftliche Verein Rheinpreußen sogar eine besondere Hilfsabteilung für das Darlehnskassenwesen und übertrug Raiffeisen die Ressortleitung. So arbeiteten bereits 1870, vier Jahre nach Erscheinen seines Buches über die Darlehnskassen, 75 Vereine in der Rheinprovinz nach diesem Muster. Unzählige kapitalarme Bauern fanden so Zugang zu erschwinglichen Darlehen zum Kauf von Saatgut und Maschinen und ihre Genossenschaft verhalf durch gemeinsame Verwaltung zu besseren Ernteerlösen. Raiffeisens Werk galt Zeitgenossen als wichtigster Beschleunigungsfaktor der landwirtschaftlichen Entwicklung. An vielen Stellen in Preußen und dann im Deutschen Reich gründeten andere Persönlichkeiten (z. B. die Reichstagsabgeordneten Dasbach, Schorlemer-Alst oder Wilhelm Haas) genossenschaftliche Gruppen auf den geistigen Grundlagen von Schulze-Delitzsch und Raiffeisen, auch wenn sie entweder die Gründerväter „vergessen“ haben oder sich von ihnen absetzten. Alle diese Organisationen trugen im Ergebnis dazu bei, wichtige gesellschaftspolitische und soziale Themen zusammenzuführen, Organisationskraft zu entwickeln, politischen Einfluss zu nehmen und die Genossenschaftsidee insgesamt zu stärken und zu fördern.

Aber auch Raiffeisen selbst kann bei allen Rückschlägen und Auseinandersetzungen feststellen, dass sein Werk große Resonanz findet.

Drei Beispiele:

1. Raiffeisen weist bereits in der 1. Auflage seines Buches „Darlehnskassen-Vereine“ von 1866 daraufhin, dass diese Vereine „nicht allein für das Land, sondern auch für städtische Verhältnisse anwendbar“ sind. Wörtlich heißt es: „Bei den letzteren wird, wie in den Landgemeinden, der Erwerb von Immobilienvermögen, besonders aber von Wohnungen, namentlich wenn diese, den städtischen Verhältnissen entsprechend, zusammenhängend gebaut, also verhältnismäßig billig hergestellt werden, ebenso erleichtert, wie die

gründliche Hülfe für den Handwerkerstand durch größere Darlehn bei allmählicher Rückzahlung“.

2. In der dritten Auflage seines Buches (Juli 1881) beschreibt er im Vorwort, dass die „Abhandlungen und Statuten über Winzer-, Molkerei-, Viehversicherungs- und Zuchtstierhaltungsgenossenschaften, sowie landwirtschaftliche Casinos“ neu aufgenommen worden sind“. Er vergrößert also das genossenschaftliche Spektrum.
3. Im Vorwort zur fünften Auflage (Juli 1887) verweist Raiffeisen auf die große Ausbreitung seiner Idee. Wörtlich heißt es: „Die Darlehnskassen-Vereine und die damit in Verbindung stehenden sonstigen ländlichen Genossenschaften finden durch ihre gedeihliche Wirksamkeit immer mehr Anerkennung. Nicht allein in fast allen Theilen des Deutschen Reiches ist man bemüht, solche einzuführen, sondern das Interesse für die Vereine und ihre Bestrebungen wächst, mit wenigen Ausnahmen, auch in den übrigen europäischen Ländern. Den Beweis hierfür liefern vielfache Besprechungen in öffentlichen Blättern, sowie die mit dem Verfasser geführten Correspondenzen von Volksfreunden aus Rußland, Holland, Belgien, Spanien und namentlich Frankreich. Außerdem wurden zum näheren Studium der Vereine Abgeordnete entsandt aus Dänemark, der Schweiz: die Berner Regierung hat sogar Preise auf die Gründung von Darlehnskassen-Vereinen gesetzt. In Italien ist bereits eine größere Anzahl solcher Vereine ins Leben gerufen worden. Am meisten ist in Oesterreich-Ungarn dafür geschehen“. Soweit das Zitat von Raiffeisen.

Heute gibt es über eine Milliarde Menschen weltweit in Genossenschaften. So wird deutlich: Eine Idee brach sich ihre Bahn...

## Genossenschaftsidee: Immaterielles Kulturerbe der Menschheit

Die Bundesrepublik Deutschland ist am 10. Juli 2013 der Konvention zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes beigetreten. Parallel dazu waren Träger- und Interessengruppen eingeladen, sich mit ihrer lebendigen Alltags- und Traditionskultur für das geplante Bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturgutes zu bewerben. Von den eingereichten 128 Projektvorschlägen schafften es durch Vorauswahl der einzelnen Bundesländer und

Prüfung der Anträge durch die Kultusministerkonferenz 83 in die engere Auswahl. Nach erfolgreicher Absolvierung dieser Stufenprüfung wurden die Anträge an das Expertenkomitee des Immateriellen Kulturerbes übergeben, welches im Sommer 2014 die Entscheidung über die ersten Eintragungen in das Verzeichnis traf.

Aufgenommen wurden in die erste Ausgabe des bundesweiten deutschen Verzeichnisses im Dezember 2014 schließlich 27 Kulturformen. Gleichzeitig beschloss man, als ersten Vorschlag Deutschlands für die internationale Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit die *Genossenschaftsidee* zu nominieren. Auf der Sitzung des Zwischenstaatlichen Ausschusses der UNESCO in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba erfolgte schließlich am 30. November 2016 die Aufnahme der „Idee und Praxis der Organisation von gemeinsamen Interessen im Genossenschaftswesen“ in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit.

Die Weltkulturorganisation unterstrich damit die Bedeutung der Genossenschaften für das Zusammenleben der Menschen. In Deutschland ist die Genossenschaftspraxis durch ihre weite Verbreitung eine prägende Kulturform für die Gesellschaft. Jeder vierte Deutsche ist Mitglied einer Genossenschaft. Über 1 Milliarde Menschen sind heute weltweit Mitglieder in Genossenschaften. Die genossenschaftlichen Praktiken geben traditionell Antworten auf jeweils aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Sie leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung beispielsweise durch Armutsreduzierung über lokale Beschäftigung und soziale Integration; in den Genossenschaften begegnen sich die Menschen als Miteigentümer am gemeinsamen Projekt auf Augenhöhe. Die Genossenschaftsfamilie verstand sich von jeher als eine an sozialen Werten orientierte Bewegung, die auf den ideellen Grundsätzen wie Solidarität, Ehrlichkeit, Verantwortung und Demokratie aufbaut. Das hat heute eine enorme kulturelle Bedeutung, die nun auch auf internationaler Ebene anerkannt wurde.

Die Bewerbung wurde im Jahre 2013 gemeinsam von der Deutschen Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Gesellschaft und der Deutschen Hermann-Schulze-Delitzsch-Gesellschaft initiiert und von der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich bei der UNESCO eingereicht. In den beiden Gesellschaften wurde intensiv über die Bewerbung beraten. Nachdem diese Bewerbung erfolgreich war und die Kultusministerkonferenz diese Bewerbung für die UNESCO nominiert hatte, haben wir erneut in den Gremien

beraten und jeweils einstimmig beschlossen, den Antrag für die Aufnahme in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit zu stellen. In allen Beratungsphasen war eine große Unterstützung in der Vielfalt der genossenschaftlichen Organisationen zu spüren. Die positive Entscheidung der UNESCO hat insgesamt die genossenschaftliche Familie in Deutschland gestärkt.

Die Entscheidung der internationalen Staatengemeinschaft für die Aufnahme der Genossenschaftsidee in die Repräsentative Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit unterstreicht ausdrücklich die soziale, ökonomische, partizipatorische und demokratische Rolle der Genossenschaften. Sie aktiv in die Gesellschaft hineinzutragen ist ein verantwortungsvoller Auftrag. Das allerwichtigste ist aber, die genossenschaftliche Idee zu erhalten und zeitgemäß weiterzuentwickeln.

## Zeiten des Wandels und Umbruchs in Deutschland im 19. Jahrhundert als Impulse für Genossenschaftsgründungen

Ist es Zufall, dass das moderne Genossenschaftswesen im 19. Jahrhundert geistig begründet wurde und verwirklicht worden ist?

Es liegt nahe, den sich in dieser Zeit geradezu revolutionär vollziehenden Umbruch der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Auflösung bisher tragender gesellschaftlicher Säulen, die Entstehung und Durchsetzung einer neuen liberal-individualistischen Ordnung kapitalistischer Prägung ebenso in den Blick zu nehmen wie die vielen Fortschritte und Änderungen im Bereich der Erfindungen und Entdeckungen.

Säkularisierung, Bauernbefreiung, Aufhebung des Zunftzwangs eröffneten einerseits neue Chancen, nahmen aber auch andererseits „Schutz und Schirm“ der Vergangenheit weg. Das bisherige soziale Netz, das bei all der damit verbundenen Einschränkungen für Notfälle geflochten war, entfiel.

Das sichtbar werdende Arbeiterelend, der immer schwieriger werdende Existenzkampf des Handwerks und die nicht weniger bedrohliche Lage des kleinen und mittleren Bauerntums mussten notwendigerweise zu Reaktionen führen, die mit der Entstehung der dann modernen Genossenschaftsbewegungen im Zusammenhang standen.

Ist es zufällig, dass sich diese Bewegungen teils auf die zutage getretenen Missstände bezogen, teils aber auch eine Überwindung der neu begründeten gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen suchten? Das Gerechtigkeitsgefühl war bei den in ihrer Existenz Bedrohten verletzt. Das war der Boden für neue Gestaltungsformen.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch sind diejenigen, die Mitte des 19. Jahrhunderts die moderne Genossenschafts-idee entscheidend vorwärts gebracht haben.

Die Jahre von der Französischen Revolution bis 1890 sind in allen Bereichen geprägt von einer ungeheuren Dynamik, sie sind eine Zeit des Wandels und des Umbruchs mit einer kaum vorstellbaren Dichte von Veränderungen und Neuerungen.

1815 muss Napoleon endgültig abdanken, und der Wiener Kongress hatte kurz zuvor eine europäische Ordnung hergestellt, die, soweit es Mittel- und Osteuropa betrifft, vornehmlich ein Werk der Monarchen – des russischen Zaren, des österreichischen Kaisers und des preußischen Königs – abbildet. In der beschlossenen „Heiligen Allianz“ verpflichteten sich die drei Monarchen feierlich, ihre Ordnung zu garantieren und streng darüber zu wachen, dass künftig die mit der französischen Revolution freigesetzten Kräfte nicht erneut die eigenen Völker in Unruhe versetzen werden.

Auf deutschem Boden wurde das 1806 aufgelöste „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ nicht wiederbelebt; statt dessen entstand aus den noch existierenden oder wiederhergestellten 35 deutschen souveränen Fürstentümern und den verbliebenen vier freien Reichsstädten ein loser Staatenbund, der lediglich durch die ständig in Frankfurt am Main tagende Gesandtenkonferenz zusammengehalten wurde.

Das aber war nicht das, was viele erhofft hatten. Es war nicht das, was die nationale Bewegung, gepaart mit der liberalen Idee in der Forderung nach einer Verfassung, die Freiheitsrechte des einzelnen und die Mitwirkung des Volkes am politischen Geschehen festschreibt, erkämpfen wollte. Das war nicht das 1813 von den Dichtern der Freiheitskriege gegen Napoleon besungene deutsche Vaterland. Die demokratische Bewegung war aber nicht nur auf Deutschland beschränkt, sie erfasste fast das gesamte Kontinentaleuropa:

Die Polen und Ungarn, die Griechen und Italiener, die Tschechen und Kroaten erstrebten mehr Freiheit und die deutschen Freiheitskämpfer solidarisierten sich mit den genannten Völkern. Und auch der Polizeistaat

konnte den Ruf nach Freiheit und Einheit nicht beenden, der immer wieder auch durch die deutschen Lande hallte.

Einige Beispiele:

- ▶ 1817 das Wartburgfest
- ▶ 1832 das große Hambacher Fest in der Pfalz. Hier trafen sich über 30.000 Menschen aus vielen Bevölkerungskreisen und Staaten. Dort wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold gehisst, die später zu den Nationalfarben wurden.
- ▶ 1837 die Göttinger Sieben
- ▶ 1848 springt der Funke der Revolution von Frankreich auf Deutschland über.

Am 1. März 1848 beginnt mit der Besetzung des Ständehauses des badischen Landtags in Karlsruhe die Märzrevolution. Durch Aufstände der Bürger mussten viele konservative Politiker ihren Platz räumen, unter ihnen der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich, der noch im Wiener Kongress die Monarchie nach Napoleons Abtreten mit restauriert und die Epoche seitdem geprägt hatte. Fast in allen deutschen Ländern erhebt sich das Volk; alle Staaten stimmen der Durchführung allgemeiner und gleicher Wahlen und dem Zusammentritt einer Nationalversammlung in Frankfurt am Main zu. Mit Böllerschüssen und Glockengeläut wird der Einzug der gewählten Volksvertreter in Frankfurt gefeiert.

Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse in Berlin seit dem 6. März 1848 gibt der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zunächst nach, macht Zugeständnisse und akzeptiert vorerst die Einrichtung der Frankfurter Nationalversammlung.

Die Paulskirchenverfassung, die Deutschland in eine geeinte konstitutionelle Monarchie umgewandelt hätte, lehnt er jedoch ebenso ab wie die ihm angetragene Kaiserkrone, die er als bürgerliche „Lumpenkrone“ bezeichnet.

Ich zitiere aus einem Brief des preußischen Königs vom Dezember 1848:

„Einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden, und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die niemand gestohlen hat, zu tragen“.

Der Maiaufstand vom Mai 1849 wird niedergeschlagen und endet am 23. Juli 1849 mit der Einnahme von Rastatt durch preußische Truppen.

1851 hebt der Deutsche Bund die „Grundrechte des deutschen Volkes“ wieder auf.

Liberalen, Demokraten und Sozialrevolutionäre werden verhaftet und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Alle „verdächtigen“ politischen Vereine werden verboten. Die Folgen der Unterdrückung sind Massenauswanderungen in die Schweiz, nach England und vor allem in die Vereinigten Staaten von Amerika.

Bald danach kommt es zur Auseinandersetzung Preußens mit der Großmacht Österreich um die Vormachtstellung im Deutschen Bund, die zum Preußisch-Österreichischen Krieg (später auch „Deutscher Krieg“) von 1866 führt. Nachdem Preußen diesen Krieg für sich entschieden hatte, kommt es zur Auflösung des Deutschen Bundes. Preußen annektiert etliche nord- und mitteldeutsche Kriegsgegner, so dass sich die Zahl der deutschen Staaten weiter verringert.

1866 wird der Norddeutsche Bund gegründet.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes als souveräner Staat zum 1. Juli 1867 unter preußischer Führung leitet die sogenannte kleindeutsche Lösung ein. Sie zielt entsprechend der Intention Bismarcks auf eine staatliche Einigung deutscher Einzelstaaten unter der Hegemonie Preußens ohne die Großmacht Österreich.

Das Deutsche Reich wird nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871 und der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. vom ehemaligen Amt des Vorsitzenden des Bundesrates zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles ausgerufen.

Mit der Reichsgründung werden Gebiete eingegliedert, die noch nie oder lange nicht mehr zum Heiligen Römischen Reich gehört hatten.

Ich nenne West-, Ostpreußen, das überwiegend polnisch-sprachige Gebiet Posen und Schleswig. Frankreich muss (deutsch- und französischsprachige) Teilgebiete der Regionen Lothringen und Elsass abtreten.

Otto von Bismarck hatte als preußischer Ministerpräsident auf die Reichsgründung hingewirkt, maßgeblich die Verfassung entworfen und wird nun erster Reichskanzler. Seine Politik stützt die Macht des monarchischen Staates, in der Wahl seiner Mittel war er auch innenpolitisch nicht zimperlich:

Gegen die katholische Kirche führt er den sogenannten Kulturkampf.

Bismarck bekämpft die Sozialdemokratie seit 1878 mit Hilfe der Sozialistengesetze, versucht aber, die Arbeiter durch eine moderne Sozialgesetzgebung an den Staat zu binden.

Seine anfangs aggressive Außenpolitik ändert sich ab der Reichsgründung zu einer Bündnispolitik, die ein defensives Bündnissystem schuf, mit Deutschland als halbhegemonialer Macht in der Mitte Europas. Frankreich wird isoliert und ermutigt, sich auf seine Kolonien (und nicht auf das verlorene Elsass-Lothringen) zu konzentrieren.

Im Dreikaiserjahr 1888 stirbt Kaiser Wilhelm I. ebenso wie sein Nachfolger Friedrich III., Wilhelm II. wird Kaiser.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts schafft die wirtschaftliche Entwicklung eine völlig neue politische und soziale Situation: auch in Mitteleuropa setzt sich jetzt die industrielle Revolution durch (siehe nachfolgende Liste von Erfindungen).

## Erfindungen revolutionieren die Arbeitsabläufe – einige Beispiele

1785	Cartwright erfindet den mechanischen Webstuhl
1804	Die erste Schienendampflokomotive wird 1804 von dem britischen Ingenieur Richard Trevithick für eine Bergwerksbahn bei Merthyr (England) gebaut
1807	Dampfschiff
1814	Dampflokomotive (Stephenson in England)
1821	baut der Engländer Michael Faraday den ersten Elektromotor.
1837	Morse erfindet den Telegraphen (Fernschreiber).
1838	Fotografie
1840	Erste Briefmarke
1856	Stahlgewinnung nach dem Bessemer-Verfahren (England). Im selben Jahr Erfindung der Anilin-Farben aus Steinkohlenteer.
1861	Reis erfindet das Telefon.
1870	wird das Fließband in den Schlachthäusern von Chicago angewandt.
1879	erfindet Edison die Elektro-Glühlampe. Werner von Siemens baute im gleichen Jahr die erste Elektrolok.

Es ist eine Zeit der Gegensätze, in der Altes noch Bestand hat, aber Neues daneben sich immer stärker ausbildet. Es ist eine Zeit der Idylle, aber auch eine Zeit der Verdächtigungen und Verfolgungen, der Verhaftungen

und Verurteilungen. Es ist die Zeit des behaglich-privaten Lebens im kleinbürgerlichen Milieu des „Biedermeier“, und es ist zugleich die Zeit, in der immer mehr Menschen politisches Bewusstsein entwickeln und von den Herrschenden die Teilhabe an der Macht fordern.

Diese Jahre legen nach und nach ungeheuerliche Möglichkeiten des Handelns, Erkennens, Gestaltens, des Aufgreifens und Veränderns frei.

Es ist noch die Zeit der Postkutschen und doch schon der Eisenbahnen mit einem schnell wachsenden Schienennetz: Die industrielle Revolution steht an. Neue Produktionsverfahren mit modernen Maschinen lassen die Wirtschaft auch in Deutschland boomen. Mit der Industrialisierung und Massenproduktion verändert sich die soziale Landschaft grundlegend. Aus ehemals selbstständigen Handwerkern, Gesellen und der verarmten Landbevölkerung entsteht ein neues Industrieproletariat.

Kinderarbeit, Lohndumping, Arbeitszeiten bis 18 Stunden am Tag, das Fehlen jeglicher sozialen Absicherung in den Fabrik- und Industriestädten sowie Hunger, Verlust von Grund und Boden aufgrund von Kapitalmangel bei der Landbevölkerung führen zu sozialem Abstieg.

Auch im bäuerlichen Bereich gibt es grundlegende Veränderungen:

1807 erwirkt Karl Freiherr vom Stein folgendes Edikt: „Mit dem Martinstage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit auf. Mit dem Martinstage 1810 ergibt es nur freie Leute.“ Was bedeutet dies? Die Bauern werden aller Lasten und Pflichten ledig, die sie gegenüber ihren Grundherren hatten. Sie werden Eigentümer ihres Bodens und erfahren eine bislang nicht gekannte wirtschaftliche Freizügigkeit und Eigenständigkeit. Andererseits entfällt auch jeglicher Schutz und Schirm. Da die Bauern in wirtschaftlichen Dingen völlig unerfahren sind, geraten sie in neue Abhängigkeiten, verschulden sich und verlieren vielfach ihren erst jüngst erlangten Besitz.

In Teilen Preußens verschärft die Realteilung die Probleme. Sie führt zur Zersplitterung des Ackerlandes in eine Vielzahl kleiner und kleinster Parzellen, die den Lebensunterhalt der Familien gar nicht mehr oder nur knapp ermöglichen.

Zusätzlich fällt Mitte des 19. Jahrhunderts aufgrund widriger Wetterumstände sowie einer verheerenden Pilzerkrankung der Kartoffeln die Ernte in ganz Europa sehr schlecht aus. Der überaus strenge Winter 1846/47, extreme Trockenheit im Herbst 1847, starke Niederschläge im Sommer 1848 tun ihr Übriges. Die Verkettung ungünstiges Klima – Saatgutmangel – Ernteausfall führt viele Menschen an den Rand der Existenz.

## Raiffeisen in seiner Zeit und die Herausforderungen durch Wucher, Missernten, Realteilung

1845 kommt Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der in Hamm an der Sieg geboren wurde, als Bürgermeister in den Westerwald, wo die große Aufbruchsstimmung noch nicht angekommen war.

Vielmehr sah er sich ganz konkreten Herausforderungen gegenüber, die seine ganze Schaffenskraft banden. Eine der zentralen Herausforderungen war der Kampf gegen den Wucher.

### Wucher

*„Ich kenne eine Gegend, wo es Bauern gibt, die nichts ihr eigen nennen auf ihrem ganzen Grundstück; vom Bett bis zur Ofengabel gehört alles Mobiliar den Geldverleiher. Das Vieh im Stall gehört ihnen, und der Bauer zahlt für jedes einzelne Stück Vieh seine tägliche Miete. Das Korn auf dem Feld und in der Scheune gehört ihnen, und sie verkaufen den Bauern das Brot-, Saat- und Futterkorn metzenweise.“*

So Otto von Bismarck 1847 im Preußischen Landtag. Und weiter führte er aus: *„Von einem ähnlichen Wucher habe ich noch nie gehört.“*

Und Bismarcks Zeitgenosse, der Historiker Heinrich von Treitschke, schrieb: *„In Tausenden deutscher Dörfer sitzt der Wucherer, der seine Nachbarn wuchernd auskauft.“*

Die Bauernbefreiung war ein wichtiger Schritt in eine richtige Richtung, waren doch die Bauern Freie auf ihren Höfen geworden. In dem Edikt hieß es: *„Mit dem Martini-Tage Eintausend Achthundert und Zehn hört die Guts-Unterthänigkeit in Unseren sämtlichen Staaten auf. Nach dem Martini-Tage 1810 gibt es nur freie Leute ...“* Damit eng verbunden waren das Recht auf freien Eigentumserwerb und die Freiheit der Berufswahl für alle preußischen Bürger. Nun konnten Bauern in die Stadt abwandern, Bürger konnten Landgüter erwerben, und Adelige, die zuvor nur standesgemäßen Tätigkeiten nachgehen konnten, war es nun möglich, bürgerliche Berufe zu ergreifen.

Aber die Bauern waren in der Regel nicht Subjekt, sondern Objekt der Entwicklung. Die Umgestaltung der agrarischen Strukturen verbunden mit dem Wandel der ökonomischen und sozialen Verhältnisse führte in Deutschland aber im Unterschied zu Frankreich nicht zu einer revolutionären Ent-

wicklung bis hin zur Enteignung der Rechte des Grund- bzw. Gutsherrn, sondern zur evolutionären Entwicklung der Ablösung (Karl Josef Rivinius).

Mit dem Ende der Erbuntertänigkeit wurden die nun „freien Bauern“ nicht von selbst auch gute und erfahrene Geschäftsleute, die ihre Ernten auf eigene Rechnung und Gefahr erfolgreich und gewinnbringend an den Käufer bringen und die gleichberechtigt mit Kreditgebern verhandeln konnten. Vielmehr waren sie teilweise gnadenlos ihren Kreditgebern, selbst im Verständnis von Bismarck ihren „Wucherern“ ausgeliefert. Dieser Wucher auf dem Land trat in ganz unterschiedlichen Formen auf, als Kredit (Darlehens-), Vieh-, Waren- und Grundstückswucher.

In dieser Situation kam nun Friedrich Wilhelm Raiffeisen, aus dem Militärdienst wegen eines Augenleidens ausgeschieden, 1845 als Bürgermeister nach Weyerbusch im rheinischen Westerwald. Bald nach seiner Berufung als Bürgermeister durch die Preußische Regierung erlebte er 1847 hautnah das Auftreten der Geldverleiher. Hilflos musste er die Versteigerung eines Hofes miterleben. In den vier Jahren seiner Flammersfelder Bürgermeisterzeit (1848-1852) gingen 16 Höfe aus dem Eigentum der Bauernfamilien an den Kreditgeber/Wucherer über. Um diesen Entwicklungen vor Ort gegenzusteuern, gründete er in Flammersfeld den „Hilfsverein für die unbemittelten Landwirthe“, quasi ein erster Kreditverein, um den Kleinstbauern Zugang zu Geldmitteln zu verschaffen, damit sie wucherunabhängig Kredite zu verkraftbaren Zinslinien erhalten konnten. Nach der Gründung des „Flammersfelder Hilfsvereins“ (1849) war Raiffeisen bemüht, über die Solidarhaftung von 60 bessergestellten Landwirten hinaus für den Verein eine gesicherte wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, damit dieser weiterhin seine Funktion der Hilfeleistung für in Not geratene Landwirte ausüben konnte. Er veranlasste die Gemeinderäte der Ortsgemeinden seiner Bürgermeisterei zu Beschlüssen, einem „Garantiefond“ beizutreten und dem Verein verzinsliche Beträge leihweise zur Verfügung zu stellen oder für die vom Verein bei einem „rheinischen Bankier“ geliehenen Gelder mit dem Gemeindevermögen zu haften. Dass die Überzeugungsarbeit bei den örtlichen Gemeinderäten nicht immer leicht war, zeigen die Ablehnungsbeschlüsse derartiger Anträge einiger Ortsgemeinden, die oft erst dann revidiert wurden, wenn Raiffeisen bei nachfolgenden Sitzungen anwesend sein und persönlich Überzeugungsarbeit leisten konnte, wie Ratsprotokolle beweisen.

So wenig aber der Wucher auf den Raum Flammersfeld beschränkt war, so wenig ist er nur auf die Zeit Anfang und Mitte des 19. Jahrhunderts einzugrenzen. Noch in den 1880er Jahren hat es sich der „*Verein für Socialpolitik*“ zum Ziel gesetzt, Ursachen und Ausmaß des in Deutschland im 19. Jahrhundert weit verbreiteten Wuchers zu ergründen, um Mittel und Wege zu dessen wirksamer Bekämpfung zu finden. Regionalpolitisch ist hier von Interesse, dass der in Horhausen in der Bürgermeisterei Flammersfeld geborene Kaplan und Reichstagsabgeordnete Georg Friedrich Dasbach, der mit Raiffeisen in Kontakt stand, 1887 in den Schriften des „*Vereins für Socialpolitik*“ einen der 28 Beiträge mit seiner Regionaluntersuchung „Der Wucher in den Dörfern des Trierischen Landes“ zum Gesamtthema Wucher in Deutschland leistete. Auch Raiffeisen selbst, wegen seiner Erblindung bereits aus dem Amt in Heddesdorf, seiner dritten Station als Bürgermeister (1852-1865) ausgeschieden, hat in seinem im Auftrag der Preußischen Regierung erstellten Oberschlesienbericht nachhaltig und bedrückend auf den Wucher und seine Strukturen in diesem Teil des Deutschen Reiches hingewiesen.

## Missernten

Die schwierige soziale Situation der Landbevölkerung in Rhein-Preußen um 1845 ff lässt sich aber nicht monokausal allein durch den Wucher begründen, vielmehr verschärften die Wechselwirkungen mehrerer Faktoren die Probleme.

Dazu gehörten schlechte Kartoffelernten, ausgelöst auch durch eine Kartoffelfäule auf Grund des Algenpilzes *Phytophthora infestans*. Diese Kartoffelfäule hatte ganz Europa erfasst und allein in Irland zu über einer Million Hungertoten und großen Auswanderungsströmen geführt. Dazu gehörten die Missernten von 1845 ff und ungewöhnlich harte Winter, all dies zusammen hat viele Bauernfamilien an den Rand des Ruins gebracht.

Raiffeisen sah die Not der Familien. Um ihnen zu helfen, gründete er in Weyerbusch 1845 dem „Brodverein“, ließ kostengünstigeres Brot backen und verkaufen, gegebenenfalls auch gegen „Kredit“. Grundlage seines Überlegens und Handelns, ja seines Lebens war seine tief religiös verankerte Einstellung. Es ging ihm bei seinem Handeln nicht um strukturelle, den politischen Aufbau der Gesellschaft betreffende Fragen. Er war, was die politischen Strukturen anging, ein Kind seiner Zeit, politisch revolutionäre An-

sätze waren ihm fremd. Wie Karl Marx im Jahre 1818 geboren, stellte er nicht wie dieser die grundsätzlichen Systemfragen. Ihn interessierte das Schicksal des einzelnen Menschen, die konkrete Not und Situation vor Ort. Seine Christenpflicht, die Verantwortung vor Gott und den Menschen bestimmten grundlegend sein Handeln. Nicht zuletzt deswegen gab es Auseinandersetzungen mit Hermann Schulze-Delitzsch, dem anderen Vater der später rapiden Zulauf gewinnenden Genossenschaftsidee. Schulze-Delitzsch war – neben anderen Kritikpunkten – der ursprünglich rein caritative Ansatz von Raiffeisen nicht genug im Alltag der Welt verwurzelt und zu wenig mit der Ökonomie vertraut.

## Realteilung

Raiffeisen sah sich in seinen räumlich überschaubaren Zuständigkeiten neben dem Alltagswucher und der Ernährungssituation zusätzlich mit den Armutsrisiken in kleinbäuerlichen Verhältnissen konfrontiert, die vor allem aus der Realteilung im Erbgang herrührten, also der Aufteilung des gesamten Erbes zu gleichen Teilen unter allen Kindern.

Diese „Realteilung“ hatte eine Vielzahl gesellschaftlicher Folgen. Sie förderte eine gewisse Gleichheit, weil Frauen und Männer gleichmäßig erbberechtigt waren und weil ein einzelnes Kind armer Eltern nicht mehr erben konnte als ein Vermögender aus einer kinderreichen Familie.

Dass diese Realteilung strukturbestimmend war, wird auch dadurch deutlich, dass der Besitzwechsel von Bauernhöfen sich zu drei Vierteln und mehr im Erbgang vollzog.

Die „Realteilung“ bewirkte eine zunehmende Besitzzersplitterung der landwirtschaftlichen Flächen in eine Vielzahl von Parzellen, die zum wirtschaftlichen Überleben bald zu klein waren, um eine Familie zu ernähren.

In den Realerbbeitungsgebieten entwickelte sich eine ungebremsste Zersplitterung der Besitzverhältnisse mit einer Unzahl lebensunfähiger Bauernstellen, verstärkt gerade in der Rheinprovinz durch die überhöhte Grundsteuer gemessen am Durchschnitt in der preußischen Monarchie. In der Rheinprovinz entwickelte sich die Parzellierung besonders problematisch. Statistische Untersuchungen aus dem Jahr 1870 zeigen, dass die Durchschnittsgröße der Acker- und Wiesenparzellen in der Rheinprovinz im Bezirk Koblenz, wo neben dem Bezirk Trier die Zersplitterung am weitesten

fortgeschritten war, bei 8,71 Ar (ca. ein Drittel Morgen) lag, was bei einer durchschnittlichen Hofgröße von 25 Morgen pro Bauer 72 verschiedene Parzellen ergab. Verschärft wurde die Situation aber noch dadurch, dass ca. ein Drittel der Fläche in der Rheinprovinz auf Weiden und Holzungen entfiel. Hinzu kam die „Unfreiheit“ des Grundeigentümers in der Benutzung und Bewirtschaftung seiner Grundstücke. Die vorhandenen Wege reichten bei weitem nicht aus, um alle Grundstücke zugänglich zu machen. Es war also oft notwendig, über fremde Felder zu gehen, um eigenes Land zu erreichen, was wiederum Schadensersatzpflicht mit sich brachte. Trotzdem wehrte sich der Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen 1853 entschieden gegen die Einführung eines Zusammenlegungsverfahrens, obwohl eine derartige frühe Form der „Flurbereinigung“ die Probleme deutlich reduziert hätte.

Drei Beispiele aus der Bürgermeisterei Flammersfeld beschreiben stellvertretend die konkrete Situation der Realteilung vor Ort (Quelle: Landeshauptarchiv).

*„Im Jahre 1833 hat Bauer Peter Meffert aus Huf (heute Horhausen) 42 Morgen in seinem Besitz. Es kommt 1840 zur Weitergabe (Teilung) mit folgenden Anteilen:*

<i>Johann Peter Meffert</i>	<i>Huf</i>	<i>18 Morgen</i>
<i>Friedrich Wilhelm Meffert</i>	<i>Huf</i>	<i>5 Morgen</i>
<i>Minna Meffert</i>	<i>Burglabr</i>	<i>6 Morgen</i>
<i>Friedrich Meffert</i>	<i>Huf</i>	<i>5 Morgen</i>
<i>Wilhelm Meffert</i>	<i>Huf</i>	<i>5 Morgen</i>

*Im Jahre 1853 hat Bauer Daniel Hommer, Ahlbach (heute Flammersfeld), 38 Morgen in seinem Besitz. Es kommt 1860 zur Weitergabe (Teilung) mit folgenden Anteilen:*

<i>Christian Hommer</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>9 Morgen</i>
<i>Christian Hommer</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>9 Morgen</i>
<i>Christian Strunk</i>	<i>Flammersfeld</i>	<i>9 Morgen</i>
<i>Adam Balzer</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>9 Morgen</i>
<i>Georg Holzapfel</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>18 Ruten</i>

*Im Jahre 1843 hat Bauer Gerhard Schneider, Orfgen, 12 Morgen in seinem Besitz. Es kommt nach und nach zur Weitergabe (Teilung) mit folgenden Anteilen:*

<i>Gerhard Schneider (1856)</i>	<i>Roth</i>	<i>48 Ruten</i>
<i>Heinrich Weingarten (1857)</i>	<i>Kescheid</i>	<i>1 Morgen</i>

<i>Heinrich Balzer (1857)</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>3 Morgen</i>
<i>Wilhelm Hartstang (1857)</i>	<i>Ahlbach</i>	<i>1 Morgen</i>
<i>Hubert Müller (1857)</i>	<i>Püscheld</i>	<i>1 Morgen</i>
<i>Wilhelm Häuser (1858)</i>	<i>Hahn</i>	<i>1 Morgen</i>
<i>Adam Schneider (1865)</i>	<i>Orfgen</i>	<i>1 Morgen</i>
<i>Karolina Schneider (1865)</i>	<i>Orfgen</i>	<i>1 Morgen</i>
<i>Philippina Schneider (1865)</i>	<i>Orfgen</i>	<i>1 Morgen</i>

*Anmerkung: Adam, Karolina und Phillipina haben zusammen 3 Morgen zu je einem Drittel Anteil erhalten.“*

Am Ende der Entwicklung standen dann oft Verschuldung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, sich entweder nach Zusatzverdiensten zu bemühen oder um durch Wegzug in den sich bildenden Industriegebieten Arbeit zu suchen oder um, wie rund 5 Millionen Menschen aus Deutschland im 19. Jahrhundert es taten, auszuwandern.

Diejenigen, die nicht weggezogen sind, haben versucht, lohnabhängige Beschäftigungen in der Region zu finden. Der „kleinbäuerliche Nebenerwerb“ ließ die Menschen wirtschaftliche Krisenzeiten weniger deutlich spüren als etwa die grundbesitzlosen Arbeiter des Ruhrreviers. Obendrein verstanden sich die Kleinst- und Kleingrundbesitzer nicht als mittellose Arbeiter, sondern durchweg als Landbesitzer mit selbstbewusster Mentalität. Das hatte auch langfristige Auswirkungen auf gesellschaftspolitische Entwicklungen, traditionell war die Arbeiterbewegung in Regionen, in den die Arbeiter noch landwirtschaftlichen Nebenerwerb betrieben, eher gemäßigt.

Unterschiedliche Personen haben auf ganz unterschiedliche Weise im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, den Menschen in der konkreten, tagaktuellen Situation zu helfen. Andere haben Systemfragen gestellt und/oder revolutionäre Bestrebungen gefordert und unterstützt.

Raiffeisens Ideen wirken bis heute, weil es ihm trotz aller Rückschläge und persönlicher Belastungen gelang, Menschen für seine Ideen zu gewinnen und organisatorische Rahmen zu schaffen, um Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung zu ermöglichen.

## Lebensdaten Friedrich-Wilhelm Raiffeisen

30. März 1818:

Geburt F.W. Raiffeisen in Hamm/Sieg

bis 1835:

religiöse Erziehung und schulische Weiterbildung durch Pfarrer Seippel, Hamm

1835 - 1843:

Militärdienst Raiffeisens in Köln, Koblenz und Sayn

1843 - 1945:

Verwaltungstätigkeiten am Landratsamt Mayen

15. Januar 1845:

Ernennung Raiffeisens zum Bürgermeister der Bürgermeisterei Weyerbusch

23. September 1845:

Heirat mit Emilie Storck, Remagen

22. März 1848:

Ernennung zum Bürgermeister der Bürgermeisterei Flammersfeld

24. August 1852:

Ernennung zum Bürgermeister der Bürgermeisterei Heddesdorf

1862:

Raiffeisen beantragt seine Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen

ab 1862:

Beratende Tätigkeit bei der Gründung zahlreicher Spar- und Darlehnskassen-Vereine

1863:

Emilie Raiffeisen stirbt in Heddesdorf

1865:

Versetzung Raiffeisens in den Ruhestand; Heirat mit Johanna Pensenroth

1866:

Herausgabe des Buches „Die Darlehnskassen-Vereine als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung“

11. März 1888:

Raiffeisen stirbt in Heddesdorf; Beisetzung auf dem Heddesdorfer Friedhof am 14. März 1888

## Literaturangaben

Walter Arnold / Fritz H. Lamparter: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Einer für alle – Alle für einen*. Hänssler, Neuhausen-Stuttgart 1985,

Franz Braumann: *Ein Mann bezwingt die Not*. 1. Auflage. Verlag der Raiffeisendruckeri, Neuwied am Rhein 1959.

Michael Klein: *Bankier der Barmherzigkeit: Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Das Leben des Genossenschaftsgründers in Texten und Bildern*. Aussaat-Verlag, Neukirchen-Vluyn 2002.

Ders.: *Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), dargestellt im Zusammenhang mit dem deutschen sozialen Protestantismus*. Bonn 1999.

Walter Koch: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen* In: *Auf den Spuren des Genossenschaftsgedankens*, Heft 20, Vorstand des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.), 1994, ISBN 3-929603-19-5, S. 16–30

Monika Windbergs: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888)*. In: *Rheinische Lebensbilder*, Band 16. Hrsg. von Franz-Josef Heyen. Rheinland Verlag, Köln 1997, S. 121–138.

Ingrid Bauert-Keetman: *Friedrich Wilhelm Raiffeisen – Ein Leben für die Zukunft*, Steinbock Verlag, 1988

Werner Abresch, Friedhelm Kaiser: *Zukunft gewinnen*, Steinbock-Verlag, Hannover, 1968











Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.  
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)  
Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter  
Tel.: 02223 / 73 119  
[www.azk.de](http://www.azk.de)